

Georg Piskaty – Fritz Plasser
Karl Spitzenberger – Peter Ulram

Jugend und Politik

Auffassungen österreichischer Jugendlicher
gegenüber Staat, Gesellschaft und Politik

Forschungsbericht

23



Piskaty, Plasser, Spitzenberger, Ulram



JUGEND UND POLITIK

AUSSFASSUNGEN ÖSTERREICHISCHER JUGENDLICHER GEGENÜBER STAAT,
GESELLSCHAFT UND POLITIK

ENGLISH ABSTRACT SEE p.58 ff.

Wien, 1980

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Österreichisches Institut Bildung und Wirtschaft.
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Johann Steinringer.
Alle: 1010 Wien, Judenplatz 3 - 4
Druck: Offset-Schnelldruck, Anton Riegelnik, 1080 Wien,
Piaristengasse 19

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	1
1. Jugend und Politik: ein stiller Abgang?	3
2. Jugend und Politik in Österreich	3
3. Jugend und politisches System	6
3.1 Politisches Interesse - politische Distanz - politische Kontakte	6
3.2 Politischer Opportunismus	14
3.3 Perzeption der Politiker und der Parteien	16
4. Soziale Gerechtigkeit	22
5. Die Alternativbewegung	26
6. Politisches Interesse der Jugend im internationalen Vergleich	33
7. Staatsverständnis: Funktion des Staates	36
8. Individuelle und gesellschaftliche Wert- und Zielhierarchie der österreichischen Jugend	39
Tabellenanhang - Übersicht	43
Literaturverzeichnis	55
Autorenverzeichnis	57

V O R W O R T

Der vorliegende Forschungsbericht zum Thema "Jugend und Politik" - ergänzt etwa durch die 1980 erschienene Publikation einer ähnlichen Meinungsbefragung zum Thema "Jugend und Arbeitswelt" (herausgegeben von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Wien) - zeichnet das Bild einer Jugend, die sich einerseits in ihr Privatleben zurückzieht und sich insbesondere von der Politik im engeren Sinn und von deren Repräsentanten nicht angesprochen fühlt, andererseits aber auch das Bild einer Jugend, die in sich gespalten ist.

Der Ausspruch von Schelsky "Die Jugend ist kein soziales Gebilde" oder auch von Scheuch "Die Jugend gibt es nicht", scheint auch durch diesen vorliegenden Forschungsbericht Bestätigung zu finden. Zumindest scheint es fraglich, ob man so ohne weiteres von der "österreichischen Jugend" sprechen kann. Zeigt sich doch, daß gewisse Bruchstellen, insbesondere etwa in der Haltung zu "Grünen Ideen" zwischen berufstätigen Jugendlichen einerseits und Schülern, insbesondere aber Studenten andererseits, bestehen, die man nicht übersehen sollte.

Die schon erwähnte Untersuchung der Bundeswirtschaftskammer über "Jugend und Arbeitswelt" hat ein weiteres Ergebnis gezeigt, daß sich auch in dieser Untersuchung nachweisen läßt: Daß nämlich die österreichische Jugend - befriedigt man ihr unglaublich starkes materielles Sicherheitsbedürfnis - durchaus leistungsbereit ist und für Leistung animiert werden kann, daß also durchaus in weiten Kreisen der österreichischen Jugend eine "industrielle" und nicht so sehr eine "postindustrielle" Gesinnung vorherrscht. Auch eine kürzlich herausgekommene Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft über "Jugend und Wirtschaftsordnung", in der die Einstellung der deutschen Jugend gegenüber der sozialen Marktwirtschaft erhoben wurde, führte zu ähnlichen Ergebnissen.

Das Jugendproblem ist nicht zuletzt durch die in vielen OECD-Staaten, erfreulicherweise ja nicht in Österreich, zu beobachtende Jugendarbeitslosigkeit mit ihren vielfachen, nicht zuletzt politischen Auswirkungen in den Mittelpunkt des Interesses auch der OECD getreten. Deshalb wurde

versucht, wichtige Ergebnisse dieser Studie einem breiteren nicht deutschsprachigen Interessentenkreis zugänglich zu machen. Das englische Exzerpt aus der vorliegenden Untersuchung befindet sich auf den Seiten 60-69 dieses Forschungsberichts.

Abschließend sei dem Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank dafür gedankt, daß er durch seine Unterstützung die Durchführung dieser umfassenden Forschungsarbeit in Österreich ermöglichte, die das IBW im Rahmen eines seiner Forschungsberichte veröffentlicht, um so einem breiten Kreis von wissenschaftlich und bildungspolitisch Interessierten Anregungen für die weitere Befassung mit diesem Themenkreis zu bieten.

1. JUGEND UND POLITIK: EIN STILLER ABGANG?

Das Thema "Jugend und Politik" erlebt derzeit in den Sozialwissenschaften eine neue Renaissance. Mit gezielter Verspätung versuchen Sozialwissenschaftler das Phänomen der "Politik- und Parteiverdrossenheit" empirisch aufzuarbeiten und machen dabei die erstaunliche Entdeckung, daß sich hinter einem aktuellen Schlagwort ein tiefgreifender Wandel des Politikverständnisses und der politischen Kultur verbirgt, der am deutlichsten bei den politischen Aspirationen und Einstellungen der Jugend abzulesen ist. In den westlichen Demokratien findet eine "Stille Revolution" statt (INGLEHART, 1979), die das politische System und die politische Kultur dieser Länder entscheidend zu verändern scheint. Wenn auch Österreich - kulturell und historisch bedingt - von dem tiefgreifenden Wertwandel der Gesellschaft erst ansatzweise betroffen ist (ROSENMAYER, 1980), zeichnen sich im Verhalten der kommenden Wählergenerationen Änderungen ab, die auch das politische System Österreichs vor neue Herausforderungen stellen. Weniger dramatisch als in fortgeschrittenen Gesellschaften, entsprechend der spezifischen "österreichischen" Entwicklung (PLASSER/ULRAM, 1981), reagieren die Jugendlichen auf eine politische Umwelt, in der für ihre spezifischen Bedürfnisse und Erwartungen wenig Raum ist. Immer größere Teile der österreichischen Jugendlichen ziehen sich in eine "neue" Privatheit zurück und verlassen ein politisches System, das wenig getan hat, um die "Bürger und Wähler der Zukunft" rechtzeitig zu integrieren und positiv zu motivieren.

2. JUGEND UND POLITIK IN ÖSTERREICH

Folgt man den (wenngleich eher spärlich vorhandenen) empirischen Untersuchungen über das Verhältnis der österreichischen Jugend zur Politik, so läßt sich für die sechziger Jahre ein relativ distanzierendes Verhältnis zum politischen Geschehen (weitgehendes Desinteresse und geringe Partizipationsbereitschaft, letztere vor allem innerhalb der politischen und interessenverbändlichen Großorganisation) konstatieren.

In den beginnenden siebziger Jahren hingegen verorten einige Autoren einen Anstieg politischen Interesses und eine verstärkte Partizipationsbereitschaft (auch was "unkonventionelles politisches Verhalten betrifft; vgl. dazu Kramer/Kramer 1974 und Rosenmayr 1980). Dennoch bleiben Engagementbereitschaft wie tatsächliches politisches Engagement deutlich hinter jenem in anderen westeuropäischen Ländern zurück - was sich auch im vergleichsweise geringem Umfang der Studentenbewegung von 1968 und der relativ raschen Absorption eines Gutteils ihrer Exponenten in den etablierten Parteien und Interessenorganisationen niederschlägt. Auch die Verbreitung postmaterialistischer Einstellungen ist gering und bleibt fast ausschließlich auf die höheren Bildungsgruppen beschränkt (vgl. Rosenmayr 1980 und Barnes/Kaase 1979).

Auf der anderen Seite haben sich gerade in den letzten Jahren einige Bruchstellen zwischen (einem Teil der) österreichischen Jugendlichen und dem politischen System abgezeichnet. Insbesondere im Wiener Raum ist es mehrmals zu konflikthaften Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Randgruppen (die sich diesmal größtenteils nicht aus dem studentischen Milieu rekrutiert haben; man denke etwa an die Arena-Bewegung, die Besetzung der Phorus-Halle u.ä.m.) und der Staatsgewalt gekommen; die Anti-Atomkraft-Bewegung wurde und wird zu einem Gutteil von jugendlichen Aktivisten getragen.

Die vorliegende Studie hat sich nun das Ziel gesetzt:

- a) Vergleichsdaten zu den Themenkomplexen "politisches Interesse", "politische Distanz" und "politische Beteiligung" der Jugendlichen zu eruieren, um eine längerfristige Beobachtungsreihe fortzusetzen; gleichzeitig aber die genannten Fragestellungen zu vertiefen;
- b) die globale Perzeption des politischen Systems ebenso wie seiner handelnden Akteure zu erfassen wie die Einstellung der Jugendlichen zu einem konkreten sozialem Problemfeld, der sozialen Gerechtigkeit.
- c) vor dem Hintergrund der jüngeren politischen Entwicklungen potentielle Konfliktzonen und Bruchstellen zu verorten. In dieser Hinsicht erscheint insbesondere die Sichtweise und Bewertung der sogenannten "grünen" oder "Alternativ"bewegung durch die österreichischen Jugendlichen von Interesse.

Die folgende Darstellung beschränkt sich dabei freilich auf die Präsentation und analytische Kommentierung des empirischen Datenmaterials. Eine umfassende Publikation, die theoretische und methodologische Überlegungen ebenso einschließt wie eine Vertiefung der obigen Analysen und eine ausführliche Diskussion der politischen Kultur Österreichs bleibt einer späteren Publikation vorbehalten.

3. JUGEND UND POLITISCHES SYSTEM

3.1 POLITISCHES INTERESSE - POLITISCHE DISTANZ - POLITISCHE KONTAKTE

Das politische Interesse der Jugendlichen liegt erwartungsgemäß unter jenem der Erwachsenen (etwa jeder Vierte gegenüber jedem dritten Erwachsenen interessiert sich "sehr" oder "eher stark" für Politik), ist aber stark altersabhängig: der Prozentsatz der Interessierten verdoppelt sich in der Altersperiode von 14 bis 24 Jahren (von 14 auf 30 %); jener der Desinteressierten sinkt gleichzeitig auf unter ein Drittel.

Tab. 1: Interesse an Politik - nach Lebensalter

Jugendliche im Alter von:

	14-15 Jahren	16-17 Jahren	18-19 Jahren	20-21 Jahren	22-24 Jahren
sehr stark/eher stark	14	20	25	25	30
eher wenig	40	39	37	37	40
sehr wenig/überhaupt nicht	46	41	38	37	<u>30</u>
					100 %

Neben dem höheren Lebensalter zeichnen vor allem eine höhere Schulbildung, die Ausbildungsphase überhaupt (gegenüber der Berufstätigkeit) und die Herkunft aus Angestellten- oder Beamtenmilieu für die Ausprägung politischen Interesses positive Auswirkungen: kann sich nur jeder zehnte Hauptschüler für die Politik erwärmen, so zeigen sich beinahe zwei Drittel der Studenten interessiert. Befragte aus dem Arbeitermilieu sind fast zur Hälfte (45 %) am politischen Geschehen uninteressiert; doch

nur 28 % der Jugendlichen aus Beamten- und 30 % jener aus Angestelltenfamilien.

Tab.2: Interesse an Politik - nach Schulbildung und Berufstätigkeit ¹⁾

	Haupt.S.	FS./BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf:	Lehrling	Arbeiter	Angest.	alleBefragten
sehr stark/eher stark	11	23	31	64	27:21	18	19	26	(23)
eher wenig	→				38:39	→			(39)
sehr wenig/überhaupt nicht	34	14	8	2	34:40	40	44	35	(38)
									100 %

←

Geschlecht und Herkunftsort wirken sich weniger deutlich aus - dennoch läßt sich auch hier ein gewisser Vorsprung der Männer gegenüber den Frauen (Männer: 28 % interessiert, 34 % desinteressiert; Frauen: 21 % interessiert, 42 % desinteressiert) und des großstädtischen Milieus gegenüber Klein- und Mittelstädten und vor allem gegenüber kleinen Orten feststellen.

Abgesehen vom persönlichen Interesse sind vier von zehn Jugendlichen der Ansicht, daß Politik für ihr Leben von Bedeutung ist. Auch hier spielen steigendes Alter, steigende Schulbildung und die Ausbildungsphase als solche eine wesentliche Rolle, während sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land eher einebnen. Zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen gibt es in dieser Frage keinerlei wesentliche Auffassungsunterschiede - was freilich die Frage aufwirft, warum sich weniger Mädchen für Politik interessieren, obwohl ihnen das Gefühl für deren Bedeutung nicht fehlt.

¹⁾ Aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung werden die "sonstigen Berufe" (Beamte, Hausfrauen, Landwirte, Selbständige etc.) nicht in die Tabelle einbezogen.

Tab. 3: Beschäftigung mit Politik wichtig für das Leben
nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
sehr und eher wichtig	37	44	49	76	47:40	42	40	42	(42)
	→								
ganz und eher unwichtig	62	56	50	24	50:60	57	60	58	(57)
	←								100 %

Der zunächst scheinbar relativ hohe Stellenwert von Politik verliert jedoch einiges an Bedeutung, wenn er in Vergleich zu anderen Interessen und Lebensbereichen gesetzt wird: im Vordergrund der Interessen Jugendlicher stehen andere Dinge - und das gilt (bei allen schicht- und bildungs-spezifischen Differenzen im Detail) für alle Gruppen.

Tab. 4: Lebensinteressen der Jugendlichen (alle Befragten)

	sehr wichtig	eher wichtig	wichtig	unwichtig	eher unwichtig	sehr unwichtig	
einen netten Freundes- und Bekanntenkreis haben	70	27	97	3	3	0	
beruflich weiterkommen	64	30	94	6	5	1	
anderen helfen, für andere etwas tun	43	49	92	8	7	1	
seinen Hobbies nachgehen können	37	51	88	13	12	1	
sich privat weiterbilden	30	55	85	14	13	1	
guten Erfolg i.d.Schule/Universität haben	49	32	81	17	12	5	
sich mit Politik beschäftigen	7	35	42	57	45	12	100 %

Dementsprechend gering ist auch die Bedeutung von Politik in der persönlichen Lebensführung: für zwei Drittel (63 %) der Jugendlichen spielt Politik keine Rolle im Freundeskreis; lediglich Studenten bilden hier eine (wenn auch wesentliche) Ausnahme: 52 % "spielt eine Rolle" gegenüber 43 % "spielt keine Rolle".

Dieser Befund eines eher abstrakten Interesses an Politik (soweit vorhanden), das nur bei einer deutlichen Minderheit Auswirkungen auf persönliche Beziehungen und Lebensinteressen besitzt, schlägt sich auch in der Zukunftsorientierung der Jugendlichen nieder: zwar möchte fast die Hälfte auf politische Entscheidungen Einfluß nehmen können, der - offenbar - lebensnähere, doch zugleich unspezifischere - Wunsch nach dem "Tragen von Verantwortung" ist jedoch weit stärker ausgeprägt.

Tab. 5: Zukunftsziele nach Schulbildung (Auszug!)

a) Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen können

	alle B.	Haupt.S.	FS/BHS	AHS/Matura	Univ.
sehr wichtig	12	10	10	14	28
eher wichtig	35	40	37	33	44
w i c h t i g	47	50	47	47	72
u n w i c h t i g	51	49	51	52	26
eher unwichtig	40	31	37	39	16
sehr unwichtig	11	18	14	13	<u>10</u>
					100 %

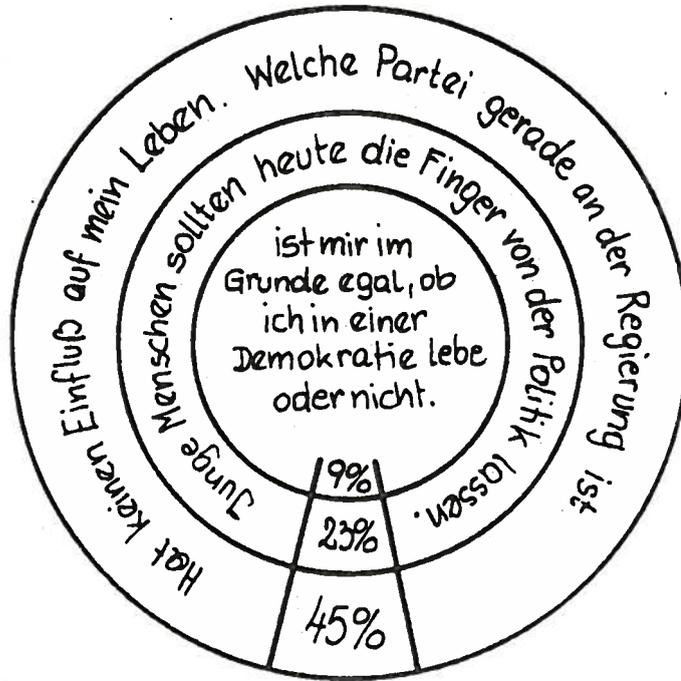
Tab. 5b) Für die Gemeinschaft Verantwortung tragen

	alle B.	Haupt.S.	FS/BHS	AHS/Matura	Univ.
sehr wichtig	21	26	24	19	20
eher wichtig	54	57	48	58	53
w i c h t i g	76	83	72	77	73
u n w i c h t i g	25	16	28	22	23
eher unwichtig	23	13	26	20	23
sehr unwichtig	2	3	2	2	-
					<u>100 %</u>

Hier deutet sich zudem schon eine unterschiedliche "moralische Wertung" an: man zieht das positiv besetzte "für die Gemeinschaft Verantwortung tragen" dem eher technokratisch klingenden, unpersönlich bis negativem "politischen Entscheidungsnehmen" vor.

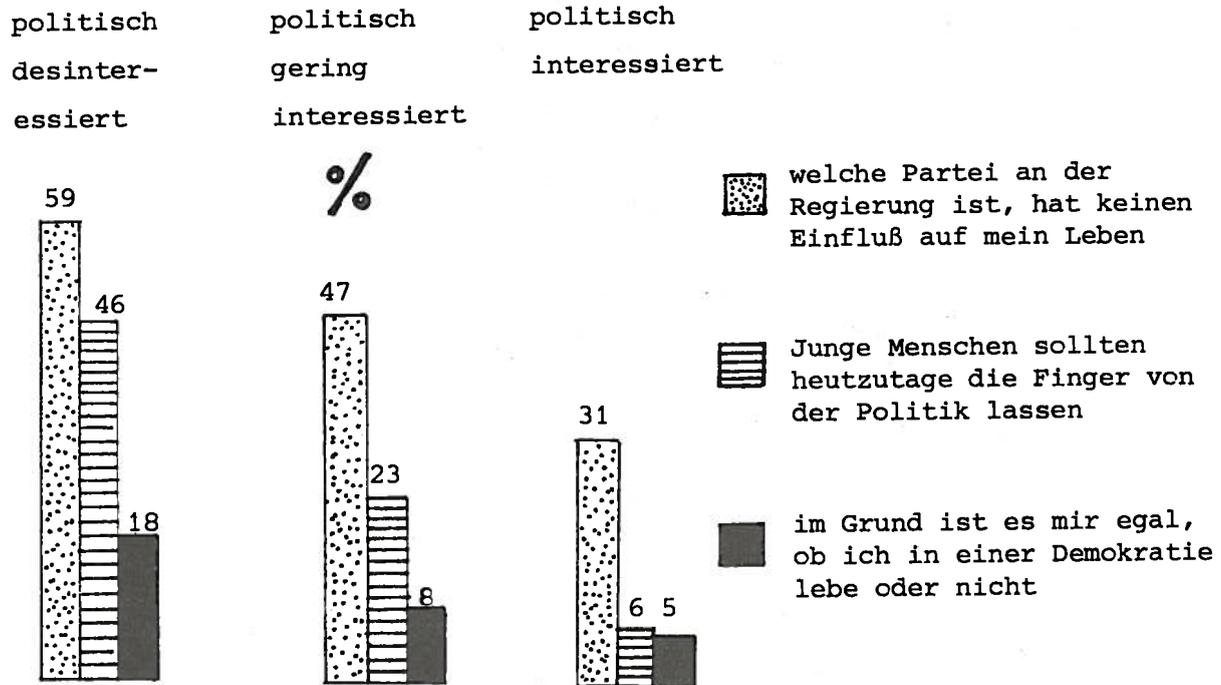
Analog zur unterschiedlichen Ausprägung politischen Interesses zeigt sich auch ein differenziertes Nahverhältnis zum bestehenden politischen System. Hier lassen sich gleichsam verschiedene Grade von Distanz gegenüber den politischen Institutionen und Ereignissen feststellen: ein "harter Kern" von knapp einem Zehntel der Jugendlichen steht dem politischen Geschehen gänzlich distanziert gegenüber - ob Demokratie oder Diktatur ist ihnen völlig gleichgültig. Ein Viertel will mit der heutigen Politik nichts zu tun haben; hier hat Politik den Ruf des "schmutzigen Geschäftes", von dem man besser die Finger lassen sollte (vgl. dazu auch Brunnmayr o.J., demzufolge mindestens einem Fünftel der oberösterreichischen Jugendlichen, "die Art, wie Politik gemacht wird, zuwider ist"). Immerhin noch fast jeder Zweite glaubt nicht daran, daß sein Leben dadurch wesentlich beeinflußt wird, ob die eine(n) oder die andere(n) Partei(en) gerade an der Regierung ist (sind).

Schaubild 6) "Härtegrade der politischen Distanz"



Das größte Ausmaß an "politischer Distanz" findet sich dabei in den unteren Bildungsgruppen, bei den politisch Desinteressierten und bei Jugendlichen aus Arbeiter- und Bauernmilieu, desgleichen bei Jungarbeitern; Jugendliche aus Angestellten- und Beamtenmilieu hingegen stehen - ebenso wie Studenten - der etablierten politischen Ordnung am wenigsten gleichgültig gegenüber.

Schaubild 7) Politische Distanz nach politischem Interesse



Tab. 8: Politische Distanz nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
egal, ob in Demokratie	15	4	4	-	7:11	6	18	5	(9)
Finger von der Politik lassen	38	18	14	4	20:24	25	32	17	(23)
welche Partei an der Regierung ist, hat keinen Einfluß auf mein Leben	48	41	48	36	44:46	43	47	47	(45)

Stärker noch als im bloßen Meinungsbild schlägt sich die Distanz zum politischen System freilich in konkreten Verhaltensweisen nieder. So hat - nach eigener Aussage - nicht einmal jeder Fünfte schon einmal Kontakt mit der Politik gehabt (19 %). An der Spitze der Kontakte stehen dabei der Besuch von Parteiveranstaltungen (51 % der Kontaktierten oder jeder zehnte Jungösterreicher) und die Mitgliedschaft bei einer politischen Jugendorganisation (40 %); Mitglied einer politischen Partei sind 16 % der "Kontaktierten". Schriftliche oder mündliche Verbindung mit Politikern hat nur etwa 1 % der Jugendlichen (21 % der Kontaktierten) gehabt, noch weniger haben sich schon einmal an einer Unterschriftenaktion (17 %) beteiligt. "Unorthodoxe" Aktivitäten - wie die Teilnahme an einer Demonstration bzw. an einer Bürgerinitiative (12 % bzw. 8 % der Kontaktierten) zählen praktisch nur zum Erfahrungsschatz von Studenten und Mittelschülern.

Im Unterschied zur globalen Einschätzung "der Politik" oder "der Politiker" (s.w.u.) finden diese Kontakte bei der Mehrzahl der Jugendlichen aber ein eher positives Echo: 62 % zeigen sich von ihren diesbezüglichen Erfahrungen sehr bzw. eher befriedigt, nur ein starkes Drittel (34 %) beschreibt sie als eher oder sehr unbefriedigend (bei Studenten dreht sich dieses Verhältnis allerdings um: ein knappes Drittel Zufriedene gegen zwei Drittel Unzufriedene). Wenn die "Hemmschwelle" des Kontakte-Aufnehmens also einmal überwunden ist - wozu freilich nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen interessiert ist und bereit erscheint - ist das Verhältnis Jugendliche - Politik somit wesentlich unbelasteter als bei den von vornherein Distanzierten.

3.2 POLITISCHER OPPORTUNISMUS

Neben dem relativ hohen Ausmaß an politischer Distanz verdient ein Sonderaspekt der Beziehung Jugendliche - Politik besondere Aufmerksamkeit: die Perzeption der Parteien als Vehikel zur Verfolgung unmittelbarer materieller Interessen, oder noch deutlicher - die Bereitschaft zu politischem Opportunismus. In der Tat definiert ein Viertel bis ein Drittel der Jugendlichen ihr Verhältnis zu den politischen Parteien vorwiegend bis ausschließlich in diesem Sinn ¹⁾: Parteimitgliedschaft erscheint hier als Mittel zu beruflichem Aufstieg bzw. Einstieg, zum Erhalt einer Wohnung und ähnlicher materieller Vorteile mehr.

Tab. 9: Politischer Opportunismus nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
Parteimitgliedschaft für beruflichen Erfolg notwendig	26	23	21	46	26:15	21	14	1	(19)
Möglichkeit, eine Wohnung zu bekommen, ist einziger Grund für Parteieintritt	24	14	12	18	17:24	12	29	18	(21)
Parteieintritt wegen erhoffter Vorteile (Stelle, Wohnung) denkbar	37	35	28	39	34:35	29	39	31	(35)

1) In dieser Hinsicht bestehen kaum Unterschiede zu den Erwachsenen - der "Politzynismus" der Jugend ist zwar vielleicht quantitativ etwas geringer, liegt aber qualitativ durchaus auf der gleichen Ebene wie bei der älteren Generation. Vgl. dazu etwa Plasser/Ulram 1980

Es ist dies eine Haltung, die im übrigen auf durchaus realen Grundlagen fußen dürfte: jedenfalls steigt die Bereitschaft zu opportunistischem Verhalten bzw. eine dementsprechende Einschätzung der Nützlichkeit eines Parteeintrittes deutlich bei jenen an, die sich in Situationen verstärkter Geldschwierigkeiten bzw. vermehrter existenzieller Abhängigkeiten befinden dürften (überdurchschnittlich hohe Werte bei Jungverheirateten, bei jungen Arbeitern, bei Jugendlichen aus dem Arbeiter- und Beamtenmilieu). Eine gegenläufige Tendenz zeigt sich bei der Frage nach der Nützlichkeit einer Parteimitgliedschaft für berufliches Weiterkommen - die Berufstätigen bewerten sie geringer; ebenso die älteren Jugendlichen (und Jungarbeiter im Vergleich zu Lehrlingen); andererseits findet sich auch hier eine überdurchschnittliche Zustimmung bei Befragten aus dem Beamtenmilieu - also bei den Kindern jener Eltern, die am direktesten die Bedeutung parteipolitischer Einflüsse im Berufsleben verspüren dürften.

Auffällig ist dabei nicht zuletzt der ausgeprägte Zynismus bei Studenten - erklärbar wohl aufgrund einer allgemein skeptischeren Einstellung gegenüber bestimmten Erscheinungsweisen der österreichischen politischen Kultur, vielleicht auch aufgrund einer bestimmten Karriereorientierung zugunsten öffentlicher Positionen.

3.3 PERZEPTION DER POLITIKER UND DER PARTEIEN

Während immerhin nur eine - wenn auch große Minderheit der Jugendlichen selbst zu opportunistischem Verhalten gegenüber den politischen Parteien bereits erscheint (bzw. ein solches für denkbar erachtet), schreibt doch die überwiegende Mehrheit den Politikern ein hohes Maß an Opportunismus zu: je etwa zwei Viertel glauben, daß Politiker "oft die Unwahrheit sprechen" bzw. "in der Öffentlichkeit streiten, hinterher aber schnell wieder 'gut Freund' sind"; etwa sechs von zehn österreichischen Jugendlichen sind ferner der Meinung, daß Politiker "in erster Linie an die Macht" bzw. "vor allem an den eigenen Vorteil" denken.

Mit der Glaubwürdigkeit der Politiker bei der österreichischen Jugend ist es somit denkbar schlecht bestellt - Lügen und Täuschen der Öffentlichkeit scheinen charakteristische Bestandteile ihres Images zu sein. Andererseits ist diese Kritik nicht automatisch mit einer Geringschätzung ihrer Leistung verbunden: daß die Politiker "für kleine Leute nichts übrig haben" bzw. "sich nicht redlich um ihre Wähler bemühen" hält nur etwa jeder Dritte für evident. Drei Viertel sind zudem der Meinung, daß unsere Volksvertreter "ihre Sache im großen und ganzen recht gut machen". Weit negativer steht es um die Beurteilung der Ehrlichkeit politischer Funktionäre: Korruption und Bestechlichkeit wird ihnen wiederum von einem Drittel der jungen Menschen zugeschrieben.

Obwohl sich die Tendenz dieser Beurteilungen recht einheitlich durch alle Gruppen zieht, zeigen sich doch im einzelnen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen: je älter und besser gebildet man ist, desto skeptischer ist die Einstellung gegenüber den Volksvertretern; vor allem bei der Frage nach der "Leistung der Politiker" liegt die Zufriedenheit von Hauptschülern und Berufsschülern gegenüber Mittelschülern und besonders Studenten deutlich höher; ähnliches gilt für manuell Tätige auf der einen, für Angestellte auf der anderen Seite. Daß Politiker "für kleine Leute - so wie meine Eltern - nichts übrig haben", glaubt freilich auch jeder zweite Jungarbeiter (49 %).

Tab. 10 Image der Politiker nach Schulbildung und Berufstätigkeit
(Auswahl):

Politiker . . .	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
streiten in der Öffentlichkeit viel, aber hinterher schnell wieder "Gut Freund"	59	60	72	82	66:76	69	71	83	(92)
benehmen sich wie schlechte Schauspieler	27	36	39	40	59:61	30	36	38	(35)
	—————→					—————→			
sind redlich um ihre Wähler bemüht (<u>Ablehnung</u>)	13	30	39	49	64:63	30	30	42	(33)
machen ihre Sache im großen und ganzen recht gut (<u>Ablehnung</u>)	11	16	22	38	19:24	17	24	27	(22)
	—————→					—————→			
haben für kleine Leute - so wie meine Eltern - nichts übrig	31	27	26	31	28:41	31	49	38	(36)
	(+ 11 %)keine Antwort								

Auf das weitverbreitete Image der Parteien als Zuteilungsagenturen für Lebenschancen (Wohnung, Arbeitsstelle, beruflicher Aufstieg) ist bereits hingewiesen worden. Zu den gängigen Stereotypen über das österreichische Parteiensystem gehört ferner die abnehmende Unterscheidbarkeit seiner Träger - eine Ansicht, die in etwa auch von der Hälfte aller Jugendlichen geteilt wird: 50 % glauben, daß sich die im Parlament vertretenen Parteien sehr stark (13 %) oder stark (37 %) voneinander unterscheiden, 47 % verorten hingegen eine geringe (40 %) bis kaum mehr vorhandene (7 %) Differenzierung.

Die gruppenspezifische Analyse zeigt hier allerdings einige interessante Unterschiede: anstelle des üblichen - fast linearen An-/Abstieges in der Wertung nach Bildungsgruppen finden wir einen gewissen Mittelbereich: vor allem Fachschüler und Schüler der berufsbildenden höheren Schulen, aber auch AHS-Schüler nehmen eine stärkere Differenzierung wahr als die unterste und oberste Bildungsgruppe. Vom Herkunftsmilieu her gesehen, sind es vermehrt Kinder aus Beamtenfamilien (64 % stark und eher stark, gegen 32 % wenig und sehr wenig unterschieden), die entsprechende Unterschiede wahrnehmen; die geringsten Differenzen hingegen orten Kinder aus Angestellten- und Bauernfamilien (52 %, 50 %).

Auch politische Orientierung und politisches Interesse schlagen deutlich zu Buche: politisch Interessierte und SPÖ-Präferenten neigen deutlich einer stärkeren Betonung der Unterschiede zwischen den Parlamentsparteien zu.

Daß ein allgemeines Politiker- und Parteienimage zunächst noch wenig über die Beurteilung des Outputs des politischen Systems aussagt, hat schon die unterschiedliche Wertung der "Moralität" des Politikerverhaltens auf der einen, ihrer Aktivitäten zugunsten der Wähler auf der anderen Seite, angedeutet. Die hier zunächst recht positive Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Parteiendemokratie ¹⁾ ist freilich bei einer eingehenderen Analyse teilweise wieder zu modifizieren - immerhin stimmen vier von zehn Jugendlichen (41 %) der Ansicht zu, daß bestimmte Anliegen und Probleme von den Parteien heute zu wenig oder gar nicht berücksichtigt werden. Die Kritik am politischen Output der Parteiendemokratie wächst dabei mit steigendem Bildungsniveau und mit steigendem politischem Interesse; als besonders zufriedene Gruppe fallen die Jungarbeiter (nur 37 %) bzw. die Befragten aus dem Arbeitermilieu (nur 35 % Kritik) ins Auge.

1) Eine positive Beurteilung der Leistungsfähigkeit des politischen Systems bei jugendlichen und erwachsenen Österreichern verorten auch S.H. Barnes/Kause 1979.

Tab. 11: Problembewältigungskapazität der Parteien nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
negativ	30	36	45	55	42	37	48	41
positiv	65	62	54	42	56	60	52	57
								<u>100</u> %

An die Spitze der unzureichend bis gar nicht bewältigten Probleme reihen die österreichischen Jugendlichen soziale Fragen, gefolgt von Jugendproblemen und vom Umweltschutz; verschiedene Wirtschaftsfragen und die Situation der Bauern nehmen eine Mittelstellung im Interesse ein; desgleichen Fragen der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit. Etwa jeder vierte Kritiker der Parteiendemokratie kann keinen konkreten Punkt seiner Unzufriedenheit anführen.

Tab. 12: Ungelöste Probleme

- 27 %: Soziale Probleme im weiteren Sinn; davon
 - 20 % allgemein soziale Probleme und
 - 7 % spezielle tagespolitische Themen und Rechtsfragen
- 17 %: Spezielle Jugendprobleme; davon
 - 12 % allgemeine Probleme Jugendlicher und
 - 5 % Fragen der Freizeit Jugendlicher;
- 13 %: Umweltschutz
- 11 %: Einkommens-, Steuer- und Preispolitik;
- 9 %: wirtschaftliche und soziale Situation der Bauern;

je 7 %: - Demokratie und soziale Gerechtigkeit;
- Wirtschaft, Finanzen und Kontrolle;
- Energieversorgung, Problemkreis Atomkraft;
- Arbeitsplätze;
- Wohnungsbau, Wohnsituation;

5 %: Altersversorgung

17 %: sonstige Probleme

24 %: keine Angabe

Basis: jene 448 Jugendlichen (41 %), die unzureichend oder gar nicht berücksichtigte Anliegen/Probleme orteten.

Bis zu drei mögliche Antworten.

"Spezielle Jugendprobleme" werden dabei vor allem von (Mittel-) Schülern und Studenten gesehen; letztere monieren auch am massivsten Versäumnisse im Umweltbereich und äußern mitunter Kritik am existierenden demokratischen System. Andererseits nimmt die akademische Jugend kaum einkommens- und arbeitsmarktpolitisches Versagen wahr - dies ist hingegen ein recht bedeutsamer Kritikpunkt der davon eher betroffenen Hauptschüler und Jungarbeiter. Lehrlinge erweisen sich im übrigen als weitgehend artikulationsschwache Gruppe: ihr Unbehagen bleibt diffus. Versäumnisse in Fragen Umweltschutz und Demokratie finden vor allem auch bei politisch Interessierten und sich als "progressiv" verstehenden Jugendlichen Anklang; politisch gering Interessierte und "Konservative" konzentrieren ihr Unbehagen - wenn überhaupt - eher auf allgemeine wirtschaftliche und einkommenspolitische Fragen; insbesondere auch auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Bauern.

Tab. 13: Ungelöste Probleme nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
Soziales	13	27	35	28	27:26	14	17	33	27
Einkommen, Steuer	5	10	5	-	5:13	8	15	15	11
Arbeitsplätze	15	7	4	4	7:7	2	14	5	7
Umwelt	7	21	12	45	20:9	6	5	14	13
Energie (AKW)	2	6	7	7	6:7	11	7	3	7
Demokratie	2	4	4	19	7:7	5	5	8	7
Jugend	19	21	34	31	5:13	12	12	10	17
keine Angabe	25	19	27	8	21:25	42	25	19	24

Basis: Jugendliche, die ungelöste Fragen wahrnehmen

4. SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die Vernachlässigung bestimmter sozialer Anliegen und Probleme als sozusagen "prominentestes" Versäumnis der Parteiendemokratie leitet zu weiteren Fragen über:

- 1.) Handelt es sich dabei nur um politische "Nachlässigkeit" oder ist es nach Ansicht der Jugendlichen um die soziale Gerechtigkeit in Österreich überhaupt schlecht bestellt? und
- 2.) Erwarten sich die Jugendlichen ein verstärktes Engagement der politischen Instanzen in diesem Bereich oder wird soziale Ungerechtigkeit als (politisch nicht beeinflussbares) gesellschaftliches Naturereignis angesehen?

Tatsächlich läßt die soziale Gerechtigkeit im Sozialstaat Österreich nach der Meinung seiner jungen Bürger einiges zu wünschen übrig: jeder zweite glaubt, daß es in Österreich ungerechtfertigt benachteiligte Gruppen bzw. Gruppen, denen überhaupt fundamentale Rechte vorenthalten werden, gibt (Zustimmung 47 %, Ablehnung 50 %). Sechs von zehn meinen, eine ungerechtfertigte Bevorzugung feststellen zu können (59 % Zustimmung, 39 % Ablehnung). Beide Meinungen stehen dabei in einem engen Zusammenhang: zwei Drittel jener, die eine Privilegierung einzelner Gruppen wahrnehmen, orten auch eine Unterprivilegierung anderer Schichten; wer eine ungerechtfertigte soziale Bevorzugung verneint, neigt dafür auch verstärkt zur Leugnung von Benachteiligungen.

Tab. 14: Privilegierung - Unterprivilegierung

	ja, Privilegierung vorhanden	nein, Privilegierung nicht vorhanden	keine Angabe
ja, Unterprivilegierung vorhanden	66	20	19
nein, Unterprivilegierung nicht vorhanden	31	79	14
keine Angabe	<u>3</u>	<u>1</u>	<u>67</u>
	100 %	100 %	100 %

Die Wahrnehmung von sozialen Benachteiligungen nimmt zwar mit steigendem Bildungsgrad zu - freilich nur bis zur Hochschule; entgegen dem sonstigen Trend unterscheiden sich Studenten von den sonstigen Bildungsarten (Ausnahme : Hauptschüler, die nur zu 38 % Privilegien verorten) bei der Feststellung von Privilegien kaum. Verstärktes politisches Interesse führt ebenso zu einer geschärften Blickweise für bestehende soziale Ungerechtigkeiten; von nicht geringem Interesse aber auch, daß ÖVP-Präferenten mehr soziale Ungerechtigkeit feststellen als die SPÖ-Anhänger: Privilegierung vorhanden: ÖVP-Anhänger: 66 %; SPÖ 57 %; Unterprivilegierung: ÖVP 53 %; SPÖ-Anhänger: 44 %.

Zu den benachteiligten Gruppen rechnet man ¹⁾ mit je einem knappen Drittel Arbeiter, Hilfsarbeiter und kleine Handwerker (32 %) bzw. Bauern (Klein-, Bergbauern), gefolgt von Gastarbeitern und ethnischen

1) Basis jeweils Jugendliche, die privilegierte bzw. unterprivilegierte Gruppen wahrnehmen.

Minderheiten mit 15 %, sowie Rentner/Pensionisten (11 %), "sozial Schwache" (9 %) und kleine Angestellte, Selbständige und Beamte mit 7 %. Jugendliche und Frauen werden nur in Ausnahmefällen (je 4 %) zu den Unterprivilegierten gezählt.

Bei der ungerechtfertigten Bevorzugung ist das Meinungsbild zunächst ausgeprägter: es führen mit 57 % der Nennungen ¹⁾ an einsamer Spitze die Politiker; erst mit großem Abstand folgen Angehörige der Oberschicht (12 %), Freiberufler (vor allem Ärzte) und Beamte - (je 9 %) sowie Unternehmer und leitende Angestellte der Wirtschaft (8 %). Stars und "Protektionskinder" schlagen mit je 5 % zu Buche; etwa jeder zehnte weiß keine spezifisch privilegierte Gruppe zu nennen.

Diese Ergebnisse verweisen einerseits auf eine recht hohe Sensibilität der österreichischen Jugendlichen gegenüber sozialer Ungerechtigkeit, die nicht wesentlich hinter jener der Erwachsenen zurücksteht: neun von zehn über 18jährigen verorten in Österreich soziale Ungleichheit; 60 % halten sie aber für (zumindest im bestehenden Ausmaß) ablehnenswert; eine allfällige Tendenz zur gesellschaftlichen Nivellierung im letzten Jahrzehnt vermutet hingegen nur jeder Zehnte (Plasser/ Ulram 1980). Auf der anderen Seite ist insbesondere das Bild der ungerechtfertigt Bevorzugten relativ diffus - sieht man von den Politikern ab, die aber die von den Medien in dieser Beziehung am häufigsten genannte Gruppe darstellen. Dies verweist auch auf recht unscharfe Vorstellungen der existierenden sozialen Schichtung; ein Indiz dafür findet sich beispielsweise in der überdurchschnittlichen Vorstellung einer reinen "oben-unten" - Struktur der sozialen Hierarchie (Daten aus: Gruppendiskussionen, sowie die Unterschiede in den Alterskohorten bei Mittelschichten 1980, Tabellenteil).

1) Basis jeweils Jugendliche, die privilegierte bzw. unterprivilegierte Gruppen wahrnehmen.

Die Perzeption sozialer Ungerechtigkeit kann jedoch nicht automatisch mit einer Forderung an das politische System gleichgesetzt werden, Maßnahmen zu ihrer Verminderung in Angriff zu nehmen. Wie schon oben (vgl. S. 23ff.) erwähnt, erwartet man sich von Staat und Gesellschaft in erster Linie die Sicherung wirtschaftlichen Wachstums und basaler sozialer wie allgemeiner Sicherheitsbedürfnisse. Dennoch ist die Forderung, der Staat möge im Hinblick auf eine Verringerung dieser Problematik aktiv werden, bei Jugendlichen deutlich stärker ausgeprägt als bei Erwachsenen (vgl. Bretschneider 1979): immerhin 11 % sehen darin die wichtigste, und fast ein Drittel die beiden wichtigsten Funktionen des Staates. Insbesondere die Jüngeren (32 % bei den 14-17jährigen, aber nur 24 % bei den 22-24jährigen) und Jugendliche mit höherer Schulbildung sehen hier ein bedeutsames Aufgabenfeld des Staates, während jene, die bereits im Berufsleben stehen, sich deutlich zurückhaltender zeigen.

Tab. 15: Verminderung von Ungleichheit als Staatsaufgabe
(nach Schulbildung und beruflicher Tätigkeit)

wichtigste oder zweitwichtigste Staatsaufgabe:

- Hauptschule	30 %
- Fachschule/BHS	28 %
- AHS/Maturaklasse	39 %
- Universität	47 %
- Lehrling	26 %
- Arbeiter	22 %
- Angestellter	22 %
- alle Befragten	(29 %)

Insgesamt läßt sich somit festhalten, daß die Jugendlichen zwar ein recht ausgeprägtes Sensorium für soziale Ungerechtigkeit besitzen - und zwar besonders was die Existenz und Verortung benachteiligter Gruppen betrifft - diese Problematik aber nur von einer (recht starken) Minderheit als Veränderungsforderung an das politische System gerichtet wird.

5. DIE ALTERNATIVBEWEGUNG

Angesichts einer deutlichen Distanz gegenüber Politikern und Parteien bei einem nicht unwesentlichen Teil der österreichischen Jugendlichen und einer noch größeren Skepsis über die Leistungen der etablierten Parteien in Fragen des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit drängt sich die Frage nach einer Alternative zum etablierten politischen System geradezu auf; dies auch umso mehr, als "Alternativbewegungen", "grüne" und "bunte" Parteien u.a.m. im west- und nord-europäischen Ausland, aber auch auf lokaler Ebene in Österreich auf durchaus respektable Zuläufe verweisen können, von gelegentlichen politischen Auswirkungen einzelner Bürgerinitiativen einmal ganz abgesehen.

In der Tat ist die "grüne Alternativbewegung" auch 43 % der Jugendlichen bekannt; an Bürgerinitiativen bzw. Protestaktionen (Demonstration) wollen 8 % bzw. 12 % zumindest schon einmal teilgenommen haben. Der Bekanntheitsgrad der "Grünen" steigt dabei deutlich mit zunehmendem Alter, ebenso mit steigendem Bildungsgrad und politischem Interesse. Männliche Jugendliche (46 %) sind etwas besser informiert als Mädchen (39 %); Großstadtbewohner fast doppelt so gut wie Jugendliche aus Ortschaften (63 % gegenüber 33 %).

Tab. 16: Bekanntheit "grüner Alternativbewegung" nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
ja, gehört oder gelesen	20	50	66	98	52:37	26	33	44	43
nein, nichts gehört oder gelesen	80	50	34	2	48:63	74	67	56	<u>57</u>
									100 %

Über die Ziele der "Grünen" wissen etwa zwei Drittel der Jugendlichen, die von dieser Bewegung schon einmal gehört oder gelesen haben, Bescheid. Umweltschutz steht dabei mit 55 % im Vordergrund; recht bekannt ist auch die Atomgegnerschaft. Demgegenüber sind politische Zielsetzungen und die Forderung nach alternativen Lebensformen nur kleinen Minderheiten ein Begriff (jeweils 6 %). De facto gibt es nur unter den Studenten eine größere Gruppe, die über die politischen Komponenten der "Grünen" einigermaßen Bescheid weiß. Mit sinkendem Bildungsgrad nimmt aber auch die allgemeine Informiertheit über die Alternativbewegung stark ab: fast zwei Drittel der Hauptschüler verbinden mit ihr überhaupt keine klaren Vorstellungen. Erwartungsgemäß steigt die Informiertheit - insbesondere auch der politischen und "alternatives Leben"-Komponente auch mit größerem politischen Interesse. Mädchen wiederum wissen größtenteils nur um die Umweltkomponente.

Tab. 17: Ziele der "Grünen" nach Schulbildung und Geschlecht

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	männlich	weiblich	(alle B.)
Umweltschutz	27	44	65	68	56	54	55
Atomkraftgegner	14	12	22	23	17	12	15
Naturschutz	3	6	8	3	6	7	7
alternative Lebens- formen und Ver- besserung der Lebensqualität	5	1	4	23	7	4	6
politische und wirt- schaftliche Reformen	3	5	3	19	11	-	6
radikale politische Ziele	-	4	1	-	2	2	2
keine Antwort	62	37	25	18	28	37	32

Basis: Jugendliche, die von der "grünen Alternativbewegung" gehört oder gelesen haben. "Sonstige Ziele" wurden von 4 % der Befragten genannt.

Im großen und ganzen stoßen die Vorstellungen der "Grünen" - soweit sie überhaupt bekannt sind - auf recht positiven Widerhall: fast sechs von zehn Jugendlichen halten sie für interessant und probierendswert (45 %) bzw. stimmen größtenteils mit ihnen überein (13 %); als politischer Unsinn (5 %) oder nicht realisierbar (19 %) werden sie hingegen nur von einem Viertel abgelehnt; 18 % entziehen sich der Beurteilung. Die stärkste Zustimmung findet sich dabei bei Mittelschülern und Studenten; die stärkste Skepsis bei Hauptschülern und Jugendlichen aus ländlichem Milieu (35 % Unsinn oder nicht-realisierbar) - gerade letztere dürften allzu inniger Naturverbundenheit aufgrund ihrer eigenen Lebenserfahrung eine deutliche Skepsis entgegenbringen. Die Frage "blue-collar" versus "white collar" schlägt interessanterweise weit weniger zu Buche als man eigentlich an-

nehmen würde: zwar ist bei Lehrlingen die Ablehnung wie auch die Neigung, überhaupt keine Stellung zu beziehen, relativ hoch, Jungarbeiter und Jungangestellte hingegen unterscheiden sich in ihrer Stellungnahme kaum.

Tab. 18: Beurteilung "grüner Ideen" nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Schule:			Arbeiter	Angest.	(alle B.)
				Univ.	Beruf	Lehrling			
1) politischer Unsinn	14	5	2	2	4:5	2	8	5	5
2) nicht realisierbar	4	24	27	13	20:18	25	11	17	19
(1+2)	(18)	(29)	(29)	(15)	(24:23)	(27)	(19)	(23)	(24)
(3+4)	(41)	(51)	(61)	(69)	(58:59)	(51)	(60)	(63)	(58)
3) manches versuchenswert	33	44	46	37	42:48	43	52	50	45
4) größtenteils Übereinstimmung	8	7	15	32	16:11	8	8	13	13
keine Angabe	41	21	11	16	18:19	22	20	15	<u>18</u>
									100 %

Basis: Jugendliche, die von der "grünen Alternativbewegung" gehört oder gelesen haben.

Eine interessante Rolle spielt auch die ideologische Orientierung: vor allem "Progressive" (27 % Übereinstimmung, 42 % versuchenswert), aber auch "Konservative" (11 % Übereinstimmung, 55 % versuchenswert) halten mehr von den Vorstellungen der Alternativbewegung als die "politische Mitte" (11 % bzw. 44 %).

Jedenfalls in einer konkreten Frage aber hat die Umweltschutzbewegung die (wenn auch knappe) Mehrheit der österreichischen Jugend für sich gewinnen können: 44 % sprechen sich gegen die Nutzung der Atomkraft in Österreich aus; 40 % möchten Zwentendorf in Betrieb nehmen. Insbesondere unter Schülern (Ausnahme: Berufsschüler und Schüler der BHS) findet sich eine deutliche Mehrheit gegen Zwentendorf; von den Berufstätigen sind die Lehrlinge und Arbeiter mehrheitlich für, die Angestellten mehrheitlich gegen das AKW. Ein Befund, der noch durch das Herkunftsmilieu verstärkt wird: Kinder aus bäuerlichen, Selbständigen- und Angestelltenmilieu wollen mehrheitlich auf Atomkraft verzichten (53:28, 50:25, 51:36), Beamtenkinder sind "gespalten" (41 % pro, 42 % kontra), Kinder aus Arbeiterfamilien mehrheitlich für die Inbetriebnahme (50 % dafür, 35 % dagegen).

Siehe folgende Tabelle!

Ausgeprägt ist die "Kernspaltung" auch zwischen den Geschlechtern und den Parteien: Mädchen und ÖVP-Anhänger votieren mehrheitlich kontra, Burschen und SPÖ-Anhänger mehrheitlich pro.

Tab.19a): Einstellung zur Atomkraft nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
AKW in Betrieb nehmen	39	43	25	18	33:44	49	47	37	40
auf Atomkraft verzichten	45	38	60	68	50:41	35	37	47	44
unentschieden	7	8	7	12	8:10	10	10	10	9
keine Angabe	10	10	8	2	9:6	5	6	6	7
									<u>100 %</u>

Basis: alle Befragten

Tab. 19b): Einstellung zur Atomkraft nach Geschlecht und
Parteipräferenz

	männl.	weibl.	SPÖ Präferenz	ÖVP
- AKW in Betrieb nehmen	47	33	56	20
- auf Atomkraft verzichten	39	49	31	64
- unentschieden	8	10	8	12
- keine Angabe	6	7	5	4
				100 %

Basis: alle Befragten

Unter diesen Auspizien erscheint es daher auch nicht verwunderlich, daß sich jeder zweite Jugendliche, der bereits von den "Grünen" gehört hat - oder aber jeder vierte Jungösterreicher überhaupt - vorstellen kann, eine allenfalls bei den Nationalratswahlen kandidierende Umweltschutz- bzw. Antiatomkraftbewegung zu wählen. Die hypothetische Bereitschaft nimmt mit steigender Schulbildung deutlich zu: 60 % der Studenten, aber nur 45 % der Hauptschüler und 43 % der Lehrlinge können sich die Stimmabgabe für eine Umweltschutz"partei" vorstellen. Beide Großparteien geraten dabei in Gefahr, kräftig "Haare zu lassen"; die Volkspartei freilich stärker als die Sozialisten: 54 % der ÖVP-Anhänger sind zumindest theoretisch dazu bereit (45 % Ablehnung, 1 % keine Antwort); während es bei den SPÖ-Anhängern nur 45 % sind (52 % Ablehnung, 3 % keine Antwort). Das ausgeprägte Meinungsbild zu dieser Frage (nur 4 % keine Antwort) läßt zudem die Vermutung wahrscheinlich erscheinen, daß sich ein Gutteil der Jugendlichen schon einmal mit diesem Gedanken befaßt hat - und zwar auch die sonst eher politisch desinteressierten (58 % vorstellbar, nur 7 % keine Antwort).

Tab. 20: Wahl einer Umweltschutzpartei nach Schulbildung und Berufstätigkeit

	Haupt.S.	FS/BHS	AHS	Univ.	Schule: Beruf	Lehrling	Arbeiter	Angest.	(alle B.)
vorstellbar	45	53	54	60	54:46	43	42	50	50
nicht vorstellbar	49	42	40	37	41:50	48	52	49	45
keine Angabe	6	5	6	2	5:4	3	6	1	4
									<u>100</u> %

Basis: Jugendliche, die schon einmal von einer "grünen Alternativbewegung" gehört oder gelesen haben.

6. POLITISCHES INTERESSE DER JUGEND IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die skeptische Distanz der österreichischen Jugendlichen zur Politik und den politischen Parteien ist kein österreichischer "Sonderfall". Die Ergebnisse einer repräsentativen Jugendstudie in der Bundesrepublik Deutschland (Hansen/Veen 1980) bestärken die Vermutung, daß es sich bei der "Politik- und Parteienverdrossenheit" der jüngeren Generation um ein internationales Phänomen handelt, das die etablierten westlichen "Parteiendemokratien" vor eine ernste Herausforderung stellen wird. Aussagen über das zukünftige politische Verhalten dieser "neuen" Wählergeneration stützen sich derzeit nur auf vage Vermutungen und intuitive Spekulationen. Die spezifischen Einstellungsmuster der neuen Wählergenerationen, ihre skeptische Distanz zur etablierten Politik bei einem gleichzeitigen Rückzug in die Privatheit, werden von den politischen Institutionen ernste Anstrengungen und neue politische Angebote im Bereich der Sachthemen und Partizipationsstrukturen abverlangen, will man der drohenden "Demokratie der Nichtwähler" rechtzeitig entgegensteuern.

Das verbreitete politische Desinteresse, das von den Autoren der deutschen Jugendstudie beklagt wird, ist in Österreich noch stärker ausgeprägt. Im Vergleich zum Nachbarland Bundesrepublik Deutschland stehen die österreichischen Jugendlichen dem politischen System noch eine Spur distanzierter und gleichgültiger gegenüber.

Politisches Interesse der Jugendlichen

	sehr stark	stark	etwas	kaum	überhaupt nicht
Österreich	5	18	39	20	18
Deutschland	3	17	44	25	10

Eine Erklärung für das in Österreich noch stärker ausgeprägte politische Desinteresse der Jugendlichen könnte im innenpolitischen "Konsensklima" der zweiten Republik liegen, das zu einem Abbau ideologischer Differenzierungen geführt hat und durch eine zunehmende Tendenz zur Mitte charakterisiert ist, während in der Bundesrepublik das ideologische Spektrum etwas differenzierter und damit politisch aktivierender sein dürfte.

Selbsteinstufung auf dem Rechts/Links - Kontinuum

	sehr links	eher links	Mitte	eher rechts	sehr rechts	keine Angabe
Österreich	1	13	53	18	1	14
Deutschland	9	18	30	16	9	17

Auffallend ist die starke "Mitte-Orientierung" der österreichischen Jugendlichen, während in der Bundesrepublik Deutschland die ideologischen Extrempositionen signifikant stärker besetzt sind. Die stärkere ideologische Differenzierung der bundesdeutschen Jugendlichen findet auch ihren Niederschlag in einer stärkeren Konfliktbereitschaft.

Bei politischen Gesprächen mit ihren Eltern nehmen die Jugendlichen der Bundesrepublik Deutschland häufiger eine politische Kontraposition ein, als ihre österreichischen Altersgenossen.

Übereinstimmungsgrad bei politischen Gesprächen mit den Eltern

	sind eher einer Meinung	sind eher gegensätzlicher Meinung	keine Angabe
Österreich	72	23	5
Deutschland	60	40	-

In beiden Ländern gleichermaßen gering ist die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in einer politischen Partei. In der Bundesrepublik könnten sich 12 % der Jugendlichen vorstellen in einer politischen Partei mitzuarbeiten, in Österreich wären 10 % für eine aktive Parteilmitarbeit zu gewinnen. In beiden Ländern ist die Bereitschaft zur aktiven Parteimitarbeit unter den Sympathisanten "bürgerlicher" Parteien etwas stärker ausgeprägt als bei Jugendlichen mit sozialdemokratischer Affinität.

Bereitschaft zur Mitarbeit in einer politischen Partei

Jugendliche mit Sympathie für . . .

ÖVP = 13 %	CDU/CSU = 14 %
SPÖ = 9 %	SPD = 10 %

Diese für "bürgerliche" Parteien am ersten Blick erfreuliche Tendenz wird aber bei näherer Analyse relativiert und sollte keineswegs als Beweis einer generell "jugendfreundlichen" Politik gedeutet werden. Wie zahlreiche Studien zur politischen Partizipationsbereitschaft empirisch nachweisen, besteht ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und politischer Partizipationsbereitschaft. (Z.B.: Deiser/Winkler, 1980). Da bei den Jugendlichen mit Affinität zu "bürgerlichen" Parteien das formale Bildungsniveau eine Spur "höher" ist (etwas mehr Mittelschüler, Maturanten und Studenten) handelt es sich dabei um eine strukturelle Korrelation, die bürgerlichen Parteien nur einen "winzigen" Startvorteil im Werben um das politische Engagement der Jugend einräumt.

Im Gegensatz zur Situation der Unionsparteien in der Bundesrepublik Deutschland, die bei den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr gerade unter den jüngeren Wählern eine ernste Niederlage im Kauf nehmen mußten, verteilen sich die parteipolitischen Sympathien der österreichischen Jugendlichen etwa gleichmäßig auf die beiden Großparteien. Es kommt nun darauf an, welche Partei in allernächster Zeit am glaubwürdigsten eine Koalition mit den jungen Wählern einzugehen bereit ist. Und das kann nur eine Koalition einer neuen politischen Kreativität, Spontaneität und eines wechselseitigen Vertrauens sein.

erreichen zusammen nicht einmal 25 % der Nennungen.

Ein Staat, der nach Ansicht der Befragten die Funktionen des liberalen "Nachtwächterstaates" mit dem eines Wirtschafts- und Interventionsstaates zu verknüpfen hat, wird vorwiegend aus pragmatischer Sicht identifiziert: 4/5 der Jugendlichen setzen "Staat" mit "Regierung" gleich, konstituierende Elemente des demokratischen Systems wie Parlament und Parteien werden erst in zweiter Linie genannt. Der Staat präsentiert sich somit vorwiegend als Träger öffentlicher Verwaltung und Dienstleistungen, Gremien demokratischer Entscheidungsfindungen scheinen gegenüber der "Regierung" und ihren ausgeübten politischen Entscheidungen in den Hintergrund zu treten.

Vorparlamentarische, gesellschaftlich organisierte Interessen, die durch das System der Sozialpartnerschaft wesentlichen Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen können, werden demnach ebenfalls nur zu einem geringen Prozentsatz genannt: Gewerkschaften und Kammern gehören für rund ein Viertel der Befragten zu jenen Institutionen, durch die der Staat legitimiert ist.

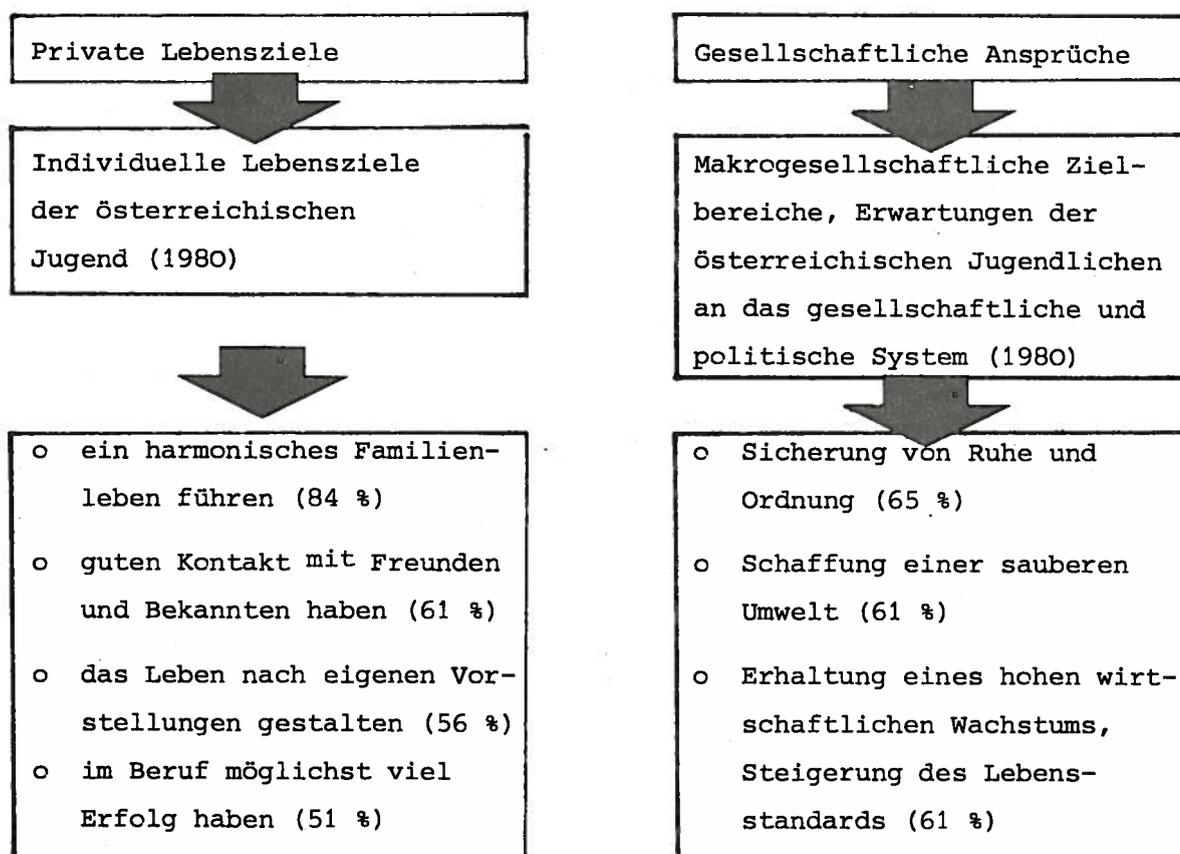
8. INDIVIDUELLE UND GESELLSCHAFTLICHE WERT- UND ZIELHIERACHIE DER ÖSTERREICHISCHEN JUGEND

Die Theorien postindustrieller und postmaterialistischer Wandlungserscheinungen haben für die Realität der österreichischen Gesellschaft nur begrenzte Aussagekraft (Plasser/Ulram, 1981). Während etwa R. Inglehart in den westlichen Industriegesellschaften deutliche Strömungen in Richtung postmaterialistischer Lebenseinstellungen konstatiert und behauptet, daß solche "qualitativen" und "post-aquisitiven" Wertstrukturen besonders unter den Angehörigen der jüngeren Generation ausgeprägt seien, deuten die Ergebnisse der vorliegenden Studie auf eine spezifisch "österreichische" (ambivalente und heterogene) Entwicklungslinie hin (Inglehart, 1979).

Die von R. Inglehart in zahlreichen internationalen Studien nachgewiesene "Stille Revolution" innerhalb der Angehörigen der jüngeren Generation, ist eng mit dem materiellen Wohlstand eines gesellschaftlichen Systems verbunden (Lehner, 1979). Jugendliche, die unter Bedingungen eines relativen Wohlstandes aufwachsen, neigen nach dieser These dazu, "materielle" Werte (existenzielle und soziale Sicherheit, Konsum- und Lebensstandard) als selbstverständlich anzusehen und "postmaterialistische" Werte (Selbstverwirklichung, gesellschaftliche und politische Mitsprache- und Gestaltungsrechte) in den Vordergrund zu stellen. Diese "Wohlstandsjugend" ist nach diesen Theorien auch gegenüber gesamtgesellschaftlichen Veränderungen aufgeschlossener und weniger stabilitätsorientiert als etwa noch die Nachkriegsgenerationen, die unter materiellen Mangelbedingungen aufgewachsen sind. Neben der Suche nach neuen und qualitativen Lebensweisen zeichne sich die "Wohlstandsjugend" durch eine zunehmend kritische Einstellung gegen die Leistungsanforderungen der Industriegesellschaft aus und tendiere zu einer schrittweisen Abkehr von "bürgerlichen" Tugenden und Ordnungsvorstellungen (Ncelle-Neumann, 1979).

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen nun äußerst heterogene Entwicklungstendenzen. In den Einstellungs- und Wertmustern der österreichischen Jugend dominieren nach wie vor "materialistische" und stabilitätsorientierte Einstellungen. Treten "postmaterialistische" Wertstrukturen und Aspirationen auf, so betreffen sie vor allem den unmittelbaren privaten Lebensbereich, orientieren sich in ihrer "Tiefenstruktur" nach wie vor an traditionellen "bürgerlichen" Wert- und Moralvorstellungen und sind vom öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen System weitgehend "ausgegrenzt". Während im unmittelbar privaten Lebensbereich in Ansätzen "postmaterialistische" Strömungen sichtbar werden, dominieren im Bereich gesamtgesellschaftlicher Erwartungen nach wie vor "materialistische" Zielvorstellungen.

Individuelle und gesellschaftliche Zielhierarchie



Der Bewußtseinsstand der österreichischen Jugend ist von einer Diskrepanz zwischen "qualitativen" Aspirationen im Privatbereich und "quantitativen" Ansprüchen und Erwartungen an das gesellschaftliche Makrosystem geprägt. Während es in vergleichbaren westlichen Industriestaaten zu wachsenden Spannungen und Zielkonflikten kommt, da immer zahlreichere Teile der jüngeren Generation ihre qualitativ-privaten Aspirationen zu gesamtgesellschaftlichen Zielen erklären, reagieren die österreichischen Jugendlichen auffallend pragmatisch. Selbst im unmittelbaren Privatbereich treten "postmaterialistische" Tendenzen nur als "Mischform" auf, in die "bürgerliche" Tugenden (z.B.: berufliches Karriere- und Leistungsstreben) scheinbar konfliktlos integriert werden.

Individuelle Selbstverwirklichung und soziale Entfaltung der Persönlichkeit ist für die österreichische Jugend anscheinend nur vor dem Hintergrund gesicherter Wachstumsraten und steigender Garantieleistungen des sozialstaatlichen Systems vorstellbar. Die qualitativen Bedürfnisse werden auf den unmittelbaren Privatbereich beschränkt; eine auffallende Privatisierungstendenz, die von einer sichtbaren Entpolitisierung und gesellschaftlicher Status-quo-Orientierung begleitet wird.

Vor dem Hintergrund der internationalen Politik- und Parteienverdrossenheit (Maisel/Cooper, 1978), bilden die Privatisierungstendenzen der jüngeren Generation eine ernste Herausforderung für die zukünftige Funktionsfähigkeit des politischen Systems, das nicht nur auf Legitimationszufuhr angewiesen ist, sondern darüber hinaus aktive Partizipation und Regeneration benötigt (Plasser/Ullram, 1981b). Die "Demokratie der Nichtwähler" ist angesichts der vorliegenden Ergebnisse mehr als eine makabre Politvision, die von den traditionellen politischen Institutionen ein rechtzeitiges Umdenken fordert.

Ein "politischer Paradigmenwechsel" (Radtke, 1980), der die inhaltliche Politik der Parteien um "neue" Themenangebote erweitert, die

AFFINE BEGRIFFE ZUM STAAT

	TOTAL	STATUS		SCHULAUSBILDUNG			POLITISCHE INTERESSEN			
		%	% Schulausbildung	% Berufstätig	% Hauptschule	% FS/BHS	% AHS, Mat.k.	% Universität	% hoch	% gering
Soziale Sicherheit	67	61	71	67	66	59	37	62	69	68
Gerechtigkeit	36	34	37	48	38	26	14	27	35	51
Freiheit	34	33	34	39	29	31	30	29	34	37
Ordnung	33	35	31	40	33	32	35	32	32	35
Verfassung	31	36	29	18	31	42	68	40	32	18
Wirtschaftslenkung	29	30	29	25	42	28	16	29	30	27
Steuerbelastung	21	17	23	18	16	18	14	20	21	22
persönlicher Schutz	19	19	20	20	20	19	17	16	20	21
Bürokratie	15	19	13	10	13	20	49	24	14	10
Bevormundung	4	5	4	3	5	4	8	7	4	2
Anonymität	3	6	2	6	4	5	9	6	3	3
Gleichmacherei	3	3	3	1	2	5	2	5	2	2
Keine Angabe	0	1	-	-	-	2	-	-	0	-

REPRÄSENTANTEN DES STAATES

	TOTAL %	STATUS		SCHULAUSBILDUNG				POLITISCHE INTERESSEN		
		Schul- ausbildung %	Berufstätig %	Hauptschule %	FS/BHS %	AHS, Mat.k. %	Universität %	hoch %	gering %	desinteressiert %
Regierung	81	81	82	86	77	79	82	74	84	82
Parlament	54	55	54	55	51	58	54	58	53	53
polit. Parteien	48	51	46	50	56	48	50	49	49	43
Ämter u. Behörden	29	21	23	15	22	25	23	29	19	23
Justiz	22	21	23	15	22	25	23	29	19	23
Gewerkschaften	20	19	20	25	14	22	11	18	21	20
Kammern	7	7	7	7	10	3	9	10	5	8
keine Angabe	0	1	0	1	2	-	-	1	0	1

STAATLICHE AUFGABENBEREICHE

	TOTAL	STATUS		SCHULAUSBILDUNG			POLITISCHE INTERESSEN			
		Schulausbildung	Berufstätig	Hauptschule	FS/RHS	AHS, Mat.k.	Universität	hoch	gering	desinteressiert
	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗	⊗
Der Staat muß vor allem dafür sorgen, daß . . .										
<u>Ordnung herrscht und die Gesetze eingehalten werden</u>										
wichtigste	41	41	42	55	32	36	42	38	42	42
zweitwichtigste	32	28	34	27	33	30	15	33	30	38
die Wirtschaft läuft, damit jeder seine Arbeit und sein Auskommen hat										
<u>wichtigste</u>	42	37	44	36	51	34	12	38	43	42
<u>zweitwichtigste</u>	33	33	33	38	33	27	35	34	33	33
die Ungleichheiten zwischen den Menschen vermindert werden										
<u>wichtigste</u>	11	16	6	7	13	20	33	14	9	12
<u>zweitwichtigste</u>	18	19	17	23	15	19	17	16	19	14
der einzelne vor sozialen Härtefällen geschützt wird										
<u>wichtigste</u>	7	8	7	4	7	10	10	10	6	7
<u>zweitwichtigste</u>	17	20	16	11	18	25	33	17	18	14
keine Angabe	0	1	0	1	1	-	-	1	0	0

INDIVIDUELLE LEBENSBEREICHE

	GESCHLECHT			STATUS		SCHULAUSSBILDUNG				PARTEI-PRÄFERENZ			POLIT. INTERESSE		
	% TOTAL	% männlich	% weiblich	% Schulausbildung	% Berufstätig	% Hauptschule	% FS/BHS	% AHS, Mat.k	% Universität	% SPÖ	% ÖVP	% and/unklar	% hoch	% gering	% desinteressiert
SEHR WICHTIG:															
Ein harmonisches Familienleben führen	84	80	88	81	85	80	83	79	84	84	92	77	86	83	83
Guten Kontakt mit Freunden u. Bekannten haben	61	61	61	67	58	69	67	62	76	61	57	59	66	60	56
Das Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten	56	58	53	56	56	40	57	53	91	63	52	69	64	55	47
Im Beruf möglichst viel Erfolg haben	51	57	44	48	52	67	50	33	35	48	45	44	41	53	56
Auf andere Menschen Rücksicht nehmen	20	47	53	53	48	58	54	54	38	40	53	50	57	48	45
Anderen helfen, für andere etwas tun	46	41	51	49	43	56	53	46	35	43	44	39	53	44	39
Persönlich viel Erfolg im Leben haben, von allen anerkannt werden	41	42	40	40	42	50	40	35	30	37	40	39	38	41	45
Ein einfaches und bescheidenes Leben führen	21	19	23	19	22	31	17	12	9	18	21	18	18	20	28
Für die Gemeinschaft Verantwortung tragen	21	20	22	23	20	26	24	19	20	18	21	15	32	17	18
Auf politische Entscheidungen Einfluß nehmen können	12	14	10	14	11	10	10	14	28	13	13	15	31	7	3

POLITISCHER KONSENS IN DER FAMILIE

	GESCHLECHT		ALTER					STATUS		SCHULAUSSBILDUNG				POLIT. INTERESSE		
	männlich	weiblich	14-15 Jahre	16-17 Jahre	18-19 Jahre	20-21 Jahre	22-24 Jahre	Schulabschlussbildung	Berufstätig	Hauptschule	FS, BHS	AHS, Mat.k	Universität	hoch	gering	desinteressiert
meistens	35	37	39	35	39	33	33	38	34	39	34	41	37	39	34	36
manchmal	38	35	34	38	33	34	41	37	36	27	43	38	41	42	40	17
eher selten	16	17	13	16	16	23	15	14	17	14	17	12	14	14	17	17
(fast) nie	8	6	8	6	7	6	8	7	7	12	4	4	8	5	5	15
keine Angabe	5	4	6	5	5	4	3	4	5	7	3	4	-	0	3	14
TOTAL	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%

EINSTELLUNG ZU POLITIK UND POLITIKERN

	ALTER							SCHUL/AUSBILDUNG				POLIT. INTERESSE	
	14-15 Jahre	16-17 Jahre	18-19 Jahre	20-21 Jahre	22-24 Jahre	Hauptschule	MS, BHS	AHS, Mat.k	Universität	hoch	gering	desinteress.	
TOTAL	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	
Unsere Politiker machen ihre Sache im großen und ganzen recht gut	75	79	80	75	80	66	80	79	78	60	67	79	71
Politiker sprechen oft die Unwahrheit, vor allem in Wahlzeiten	74	64	69	76	78	79	60	78	70	78	73	74	72
Politiker streiten oft in der Öffentlichkeit, sind aber hinterher schnell wieder "gut Freund"	72	66	64	72	81	78	59	60	72	82	71	74	69
Politiker bemühen sich redlich für ihre Wähler	64	72	68	69	60	53	79	67	58	42	61	64	67
Politiker denken in erster Linie an die Macht	62	61	56	57	67	69	63	54	52	68	59	62	67
Politiker denken vor allem an den eigenen Vorteil	58	54	51	55	67	60	59	52	52	50	53	59	60
Politiker haben für kleine Leute - so wie meine Eltern - nichts übrig	36	30	29	31	49	41	31	27	26	31	32	38	36
Politiker benehmen sich wie schlechte Schauspieler	35	27	34	33	42	40	27	36	39	40	35	35	37
Politiker sind korrupt und bestechlich	32	19	28	28	38	41	17	31	23	37	32	31	34

POLITISCHER OPPORTUNISMUS

STATUS SCHULAUSSBILDUNG BERUF D. BEFRAGTEN POLIT. MILIEU

	Schulabschlussbildung	Berufstätig	Hauptschule	FS, BHS	AHS, Mat.k	Universität	Lehrling	Arbeiter	Angestellter	and. Berufe	SPÖ	ÖVP	and./unklar
TOTAL	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
könnte es mir vorstellen	35	34	37	35	28	39	29	39	31	47	40	33	31
könnte ich mir nicht vorstellen	64	64	60	63	70	59	69	60	68	52	58	66	67
keine Angabe	1	2	3	2	2	2	2	1	0	1	2	1	2

GESELLSCHAFTLICHE ZIELHIERACHIE

	GESCHLECHT		ALTER				POLIT. INTERESSE		
	%	männlich	%				hoch	gering	desinteress.
			14-15 Jahre	16-17 Jahre	18-19 Jahre	20-21 Jahre			
TOTAL	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Sicherung von Ruhe und Ordnung, Verbrechens- bekämpfung	65	62 68	73 67	63	60	62	47	69	76
Schaffung einer sauberen Umwelt, in der der Mensch die Natur wieder voll genießen kann	61	57 64	68 60	58	62	57	61	63	52
Erhaltung eines hohen wirtschaftl. Wachstums	42	45 40	36 42	48	48	40	36	46	40
Entwicklung zu einer Gesellschaft, in der die Ideen wichtiger sind als Geld	27	26 28	24 30	29	24	26	30	25	27
Entwicklung zu einer freundlichen, weniger un- persönlichen Gesellschaft	26	24 28	19 24	28	27	31	39	23	18
Mehr Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gemeinde	25	24 26	26 24	30	21	24	32	23	22
Verbesserung des Ansehens Österreichs in der Welt	20	23 17	20 21	17	24	19	20	19	24
Steigerung des Lebensstandards	19	23 14	17 18	20	23	17	16	19	21
Stärkung von sittlichen und religiösen Werten	12	11 14	12 14	6	9	19	16	11	12
keine Angabe	1	1 0	2 1	-	1	1	1	1	2

RECHTS-LINKS-KONTINUUM

GESCHLECHT POLIT. INTERESSE

	TOTAL	männlich	weiblich	hoch	gering	desinteress.
	%	%	%	%	%	%
Mitte	53	53	54	43	58	50
eher rechts	18	19	16	23	17	15
keine Angabe	14	12	16	10	13	23
eher links	13	14	12	20	11	11
sehr links	1	1	0	2	0	-
sehr rechts	1	1	2	2	1	1

PRIORITÄTEN EINER JUGENDORIENTIERTEN POLITIK

GESCHLECHT ALTER STATUS POLIT. INTERESSE

TOTAL	männlich		weiblich		ALTER						STATUS		POLIT. INTERESSE	
	%	absolut	%	absolut	14-15 Jahre	16-17 Jahre	18-19 Jahre	20-21 Jahre	22-24 Jahre	Schulbildung	Berufstätig	hoch	gering	desinteress.
73	74	73	70	66	70	80	78	62	79	67	74	78		
47	47	48	55	50	42	48	44	37	53	38	49	56		
45	43	48	46	48	44	46	43	58	38	52	47	32		
36	36	36	43	37	45	26	29	36	36	31	36	42		
31	29	32	23	36	36	27	31	33	29	42	29	22		
17	14	20	18	16	13	22	16	26	12	17	16	18		
17	22	12	18	17	16	16	18	16	18	14	18	19		
12	13	10	14	11	13	11	10	11	12	5	13	16		
12	12	12	5	13	10	16	15	11	12	20	11	6		
5	6	3	3	3	6	5	6	4	5	11	3	2		
1	1	1	2	0	1	1	1	1	1	0	1	3		

Schaffung von billigen, aber guten Wohnmöglichkeiten für Jugendliche

Verbesserung der Lehrlingsausbildung

Verbesserung der Lehrpläne an Schulen durch Modernisierung und Entrümpelung von Ballast

Ausbau von Jugendzentren, Jugendklubs etc.

Förderung von kulturellen Veranstaltungen für Jugendliche

Erhöhung der Stipendien

Verstärkte Förderung des Breitensports

Mitsprache der Benützer in Jugendzentren

mehr Möglichkeiten für soziales Engagement

mehr Möglichkeiten für politisches Engagement

keine Angabe

LITERATURVERZEICHNIS

- BARNES/KAASE 1979: S.H. Barnes/M.Kaase et. al., Political Action: Mass participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979
- BRUNNMAYR o.J.: E. Brunnmayr, Lebenskonzepte und Wertvorstellungen Österreichischer Jugendlicher, hekto. Manus., Wien o.J.
- DEISER/WINKLER 1980: R. Deiser/N. Winkler: Politische Partizipation in Österreich (Rohbericht) Österreichische Gesellschaft zur Förderung der Forschung Wien 1980
- GEHMACHER 1980: E. Gehmacher, Jugend und Politik, in: A. Kohl/A. Stirnermann (Hg), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979, München 1980
- KRAMER/KRAMER 1974: D. Kramer/H. Kramer, Jugend und Gesellschaft in Österreich, in: H. Fischer (Hg), Das Politische System Österreichs, Wien 1974
- GREIFFENHAGEN 1979: N. und S. Greiffenhagen: Brauchen wir eine "Neue Politik?" Probleme der nachbürgerlichen Gesellschaft in: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschland, München 1979
- HANSEN/VEEN 1979: St. Hansen/H.J.Veen: Jugend mit politischer Distanz - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin 1979
- INGLEHART 1979: R. Inglehart: Wertwandel und politisches Verhalten in: J. Matthes (Hg): Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt/New York 1979
- JUGEND UND ARBEITSWELT: Bundeswirtschaftskammer, Wien 1980
- LEHNER 1979: F. Lehner: Die "Stille Revolution": Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hochindustrialisierten Gesellschaften in: H. Klages/P. Kmeciak (Hg): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979
- LANDSBERG-MÜLLER: Jugend und Wirtschaftsordnung, DII Köln, 1980
- MAISEL/COOPER 1978: L. Maisel/J. Cooper: Political Parties: Development and Decay, London/Beverly Hills 1978
- MILLER/LEVITIN 1976: Leadership and change. The new position and the American Electorate, Cambridge, Mass. 1976
- MITTELSCHICHTEN 1980: Dr. Fessel+GfK (Hg), Neue Mittelschichten in Österreich in: H. Fischer (Hg), Das politische Systems Österreichs, Wien 1974
- NIE et. al. 1977: Norman Nie et. al., The changing American Voter, Cambridge, Mass., 1977

- NOELLE-NEUMANN 1979: Werden wir alle Proletarier? Wertwandel in unserer Gesellschaft, Zürich 1979
- OCKENFELS/WAGNER 1980: W. Ockenfels/B. Wagner: Signale in die achtziger Jahre. Die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 1980
- PLASSER/ULRAM 1980: F. Plasser/P.A. Ulram: Zu viel oder zu wenig Gleichheit? Was denken die Österreicher, in: "Österreichische Monatshefte. Zeitschrift für Politik 1980/2-3
- PLASSER/ULRAM 1981a): F. Plasser/P.A. Ulram: Auf dem Weg in die post-industrielle Gesellschaft? Anmerkungen zur politischen Kultur Österreichs, in A. Kohl/F. Stirnemann: Österreichisches Jahrbuch für Politik, Wien 1981
- PLASSER/ULRAM 1981b): F. Plasser/P.A. Ulram: Kommt die Demokratie der Nichtwähler? Einstellungen der österreichischen Jugend zur Politik, in: Österreichische Monatshefte, Zeitschrift für Politik 1981/1-2
- POMPER 1975: G. Pomper: The New Political Generations, in: Voters Choice: Varieties of American Electoral Behaviour, New York 1975
- RADTKE 1980: G. Radtke: Wertwandel in den westlichen Demokratien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1980/36
- ROSENMAYR 1980: L. Rosenmayr (Hrsg.): Politische Beteiligung und Wertwandel in Österreich: Einstellungen zur Demokratie und Politikverständnis im internationalen Vergleich, München 1980
- ULRAM 1980: P.A. Ulram: Soziale Interessen, Wertwandel und politischer Konsens, in: Österreichische Monatshefte, Zeitschrift für Politik 1980/6

DIE AUTOREN

- PISKATY, Georg: Jahrgang 1942, Dr. jur. seit 1965, Referent in der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Abteilung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, ab 1976 Leiter des Österreichischen Instituts Bildung und Wirtschaft
- PLASSER, Fritz: Jahrgang 1948, Dr. phil. 1974, Sozialwissenschaftler, 1974-1975 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Grundlagenforschung der ÖVP-Bundesparteileitung, 1976-1980 Projektleiter der sozialwissenschaftlichen Abteilung des Dr. Fessel+GfK-Institutes, seit 1980 Leiter der Abteilung Politische Grundlagenforschung in der ÖVP-Bundesparteileitung
- SPIITZENBERGER, Karl: Jahrgang 1948, Dr. phil. 1977, Sozialwissenschaftler, seit 1977 Projektleiter der sozialwissenschaftlichen Abteilung des Dr. Fessel+GfK-Institutes
- ULRAM, Peter A.: Jahrgang 1951, Dr. phil. 1976, Sozialwissenschaftler, Post-Graduate-Studium am Institut für höhere Studien (Ford Institut), 1977-1978 Mitarbeit an wissenschaftlichen Projekten, seit 1978 wissenschaftliche Abteilung der ÖAAB-Bundesleitung und Sekretär des Bundesobmannes des ÖAAB



YOUTH AND POLITICS

PERCEPTION OF STATE, SOCIETY AND POLITICS AMONG AUSTRIAN YOUTH

Georg Piskaty/Fritz Plasser/Karl Spitzenberger/Peter Ulram

SUMMARY



The following report presents a summary of the basic results of a representative survey among Austrian youth between the ages of 14 and 24 years.

The purpose of this investigation was to explore the opinions and attitudes of Austrian youth toward society and politics, the readiness for social engagement and political participation as well as various occupational and private aspects.

The project was financially sponsored by the Austrian National Bank Fund (Jubiläumsfond der Österreichischen Nationalbank).

1. HIERARCHICAL STRUCTURE OF INDIVIDUAL AND SOCIAL GOALS AND VALUES

The theories about postindustrial and postmaterialistic phenomena of change only apply to the reality of Austrian society to a limited extent. ¹⁾ While for instance Inglehart discovers signs of a clear movement toward postmaterialistic attitudes in western industrial societies and maintains that such "qualitative" and "postacquisitive" value-structures are predominantly evident among the younger generation, the present results rather point to a specifically "Austrian" type of development. ²⁾

The "silent revolution" among the younger generation which Inglehart found evidence for in a number of international studies appears to be closely tied to the material prosperity of a social system. ³⁾

According to this hypothesis young people growing up under conditions of relative material prosperity are inclined to take "materialistic" values (such as existential and social security, high standard of living and consumption) for granted and rather emphasize "post-materialistic" values (self-realization, social and political rights). This youth of the "affluent society" is further said to be more open toward general societal changes and less "stability-oriented" than for instance the post-war generations who grew up under conditions of material need. ⁴⁾

1) See F. Plasser/P.Ulram: Auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? Anmerkungen zur politischen Kultur Österreichs in: Kohl/Stirnemann (editors): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, Wien/München 1981 (in print).

2) See R.Inglehart: Wertwandel und politisches Verhalten in: J. Matthes (editors): Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt/New York 1979

3) See F. Lehner: Die "Stille Revolution": Zur Theorie und Realität des Wertwandels in hochindustrialisierten Gesellschaften, in: H.Klages/P.Kmeciak (editors): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York 1979

4) See S.H. Barnes/M. Kaase et. al.: Political Action. Mass Participation in five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979

The results of the present study show extremely heterogeneous tendencies of development. The attitudinal and value-patterns of Austrian youth are still dominated by "materialistic" and "stability-oriented" attitudes. If "postmaterialistic" value-structures and aspirations become apparent they are primarily related to the immediately private areas of life; they are based upon traditional "bourgeois" values and strictly separated from the public, political and economical system. While such "postmaterialistic" tendencies are occasionally becoming visible in private areas of life are the "materialistic" expectations and goals dominating in general social areas. 5)

5)

Also see: L. Rosenmayr (ed): Politische Betätigung und Wertwandel in Österreich, Wien 1980

INDIVIDUAL AND SOCIAL HIERARCHY OF GOALS

Private goals

individual goals of life
among Austrian youth:

leading a harmonious family
life (84 %)
having close contact with
friends and acquaintances (16 %)
living according to individual
goals and expectations (56 %)
having maximal occupational
success (51 %)

social expectations

macrosocial goals and
expectations of the social
and political system among
Austrian youth:

maintaining law and order (65 %)
creating a clean environment
(61 %)
continuing high economical
growth, increasing the
standard of living (61 %)

The level of consciousness among Austrian youth is characterized by a discrepancy between "qualitative" aspirations in private areas and "quantitative" goals and expectations of the social macrosystem. While in comparable western industrialized nations growing tensions and conflicts are becoming apparent due to the fact that an increasing segment of the younger generation declares their qualitative-private aspirations to general goals of society as a whole, are the reactions among Austrian youth of a remarkably pragmatic kind.

It seems that the goals of self-realization and social development of personality are only imaginable for Austrian youth within the context of increasing growth rates and guarantees offered by the welfare state. Qualitative needs remain limited to the immediately private areas; this constitutes an apparent tendency toward a form of withdrawal into privacy which is being accompanied by a visible "depoliticization" and a social orientation to keep up the status quo.

2. RELATIONSHIP TOWARD POLITICS: SKEPTICAL DISTANCE

Politics only play a less important part among the interests of young people - even if central areas such as family-life and relations to the partner are left aside: although politics are found to be important by a relatively strong minority ("very important" = 7 %, "somewhat important" = 35 %), it still ranges far behind other central issues such as friendship, occupational and learning achievements, hobbies, and social engagement. The interest in politics is, furthermore, primarily of an abstract kind - a personal interest in political events is only expressed by every fourth (23 %), nearly two-thirds (63 %) show no concern with politics within their circle of friends. Apart from the expectable rise of political interest with increasing age are mainly a higher level of education (11 % of pupils attending general obligatory schools as compared to 64 % of the university students), the educational stage in general and the family-environment (private employees and civil servants) correlating with a greater interest in politics; differences between the sexes are noticeable but appear to lose significance (males: 28 % interested, 34 % not interested; females: 21 % interested, 42 % not interested).

The basic attitude toward the existing political system is quite differentiated: only 9 % don't care whether they are living in a democracy or in a dictatorship and only 22 % believe in a "strong man". But at the same time every fourth respondent (23 %) believes it is better nowadays for young people not to get involved in politics, 45 % don't believe that their lives are influenced by the fact which party happens to be in the government and only one out of ten young people could imagine becoming politically active himself. The greatest extent of "political distance" is found in the lower

educational groups and among youth from blue-collar-families and farming-backgrounds. Students and children from white-collar-families are reacting in exactly the opposite way.

The party-democracy is also viewed with skeptical distance: every fifth respondent (19 %) believes that membership in a political party is necessary for occupational success; more than a third (35 %) thinks that joining a political party could be advisable on purely opportunistic grounds (getting an apartment or a job). This political opportunism is represented most strongly among persons with lower education and probably higher existential dependency on the one hand as well as among students on the other hand. The image young people have of "politicians" shows that this behavioral disposition is apparently connected with the evaluation of the behavior shown by political officials: nearly three-quarters of all respondents believe that politicians are liars who pretend conflicts in public, and a large majority believes that they primarily seek power (62 %) or their own advantage (58 %). On the other side, however, is the actual "achievement" of politicians judged far more favorably - the majority agrees that they exert themselves on behalf of the electorate, that they show understanding for the "little man" and are generally successful; it is, however, of interest to note that a more skeptical attitude toward the efficiency of politicians prevails in connexion with higher education and the degree of intellectuality of the occupation. Even though the majority of young people ascribes to politicians at least well-meaning intention and endeavour - while at the same time taking care of their personal advantages - do still 41 % accuse the political parties of neglecting certain issues and problems. They primarily mention social issues followed by problems concerning the youth and the protection of the environment. Pupils attending general high school as well as university students are mostly aware of "special youth problems" as such; students are also stressing issues of democracy and justice to a greater extent. By comparison, however, they are hardly conscious

of income- and employment-policies which are primarily criticized by apprentices and employed youth (specifically blue-collar-workers).

Nearly every second young Austrian believes that certain persons or segments of the populations in Austria are experiencing unjustified disadvantages, six of ten respondents even assume a preferential treatment of other groups. Both views are closely connected: two thirds of those who believe that unjustified privileges are being granted also perceive underprivileges for others. Mainly the "politicians" are considered to belong to the privileged group (by 57 % of those who perceive privileged groups in the society), with considerable distance followed by the "upper class" or the "self-employed" (mainly physicians) and "civil servants", and further by entrepreneurs and higher employees. The underprivileged groups are defined - primarily as blue-collar-workers, unskilled workers, small craftsmen and farmers (each group is named by about one-third), followed by foreign labor and ethnic minorities (15 %) as well as pensioners and other socially weak segments.

A general summary of the relationship of Austrian youth to "established politics" shows

- a principal acceptance of the existing political system by an overwhelming majority;
- without ascribing a great influence to this political system upon actual everyday life-problems and interests of youth;
- a marked tendency to avoid political activities totally or as much as possible;
- among a relatively strong minority an attempt to use the (moral) weaknesses of the existing system for one's own purposes.

The increase of critical attitudes with the level of education appears to be quite important - especially as far as the "moral qualities" of politicians and the efficiency of the political system as a whole are concerned.

3. INTEREST IN POLITICS

The political interest of young people lies - as to be expected below the interest shown by adults (only about every fourth young person is "very" or "somewhat strongly" interested in politics as compared to every third adult), however, it varies considerably with age: the percentage of interested persons more than doubles between the ages of 14 and 24 years up to 30 % while the percentage of desinterested persons sharply declines at the same time (down to also 30 %).

Interest in politics and age

	14-15 years	16-17 years	18-19 years	20-21 years	22-24 years
very strong/somewhat strong	14	20	25	25	30
rather little	40	39	37	37	40
very little/none at all	46	41	38	37	30

In addition to the age-factor, political interest is positively affected mainly by a higher level of education, the educational stage in general (as compared to being employed) and the family-environment (private employees or public servants): while only every tenth pupil attending general obligatory school expresses an interest in politics almost two-thirds of the university-students are interested. Respondents with blue-collar-backgrounds

are significantly more politically interested (45 %) than young people coming from families of private employees or public servants (about 30 %).

Interest in politics, level of education and employment status

	general obligatory school	trade school	general high school	university	apprentice	blue-collar-workers	white-collar-workers
very strong somewhat strong	11	23	31	64	18	19	26
rather little	33	45	43	27	42	37	39
very little/not at all	34	14	8	2	40	44	35

Apart from the factor of personal interest four out of ten young people believe that politics is relevant for their own lives. In this respect also age, level and stage of education are playing an essential role, while differences between urban and rural origin are less significant. There are, furthermore, no essential discrepancies in the evaluations of the personal relevance of politics between male and female youth - this fact, however, raises the question why fewer girls are interested in politics although they don't lack the feeling of its importance.

This apparently quite high evaluation of politics is somewhat reduced when it is compared to other interests and areas of life: young people of all other groups place primary interest on a variety of other aspects.

General interests of young people

	important %	unimportant %
to have a nice circle of friends and acquaintances	97	3
to get ahead on the job	94	6
to help others, to do something for others	92	8
to follow one's hobbies	88	13
to continue learning privately	85	14
to be successful at school/at the university	81	17
to be engaged politically	42	57

The relevance of politics for the personal areas of life appears to be accordingly low: two-thirds (63 %) of young people are not concerned with politics when in company of their friends; only students represent a (rather significant) exception in this respect: for 52 % do politics play an important role in their circle of friends - as compared to only 43 % who are not concerned with it.

The fact that interest in politics - as far as it exists at all - appears to be of a rather abstract kind and only seems to affect personal relationships and interests of a small minority is also reflected in the orientation shown toward the future: even though nearly one half of all respondents would like to take influence upon political decisions an even greater segment prefers to state this in a more pragmatismal - yet at the same time less specific-way as a desire to carry responsibility for the community. This result points out an underlying "moral judgment" being made: a phrase like "carrying

responsibility for the community" appears to be positively connotated and, therefore preferred in comparison to the rather technocratic impersonal or even negative sounding formulation of "taking influence upon political decisions".